

Westdeutscher Rundfunk 50600 Köln

Westdeutscher Rundfunk

Ständige Publikumskonferenz der  
öffentlich-rechtlichen Medien e.V.  
Frau Maren Müller  
Hofer Straße 20a  
04317 Leipzig

Appellhofplatz 1 50667 Köln  
Telefon +49 (0)221 220 2100 Telefax +49 (0)221 220 772100

Köln, 26. November 2014

**Ihr Schreiben vom 29. September 2014 zur Sendung *Tagesthemen* - "Flucht aus Donezk" vom 24. September 2014,**

Sehr geehrte Frau Müller,

vielen Dank für Ihren Brief vom 29. September 2014 zum Beitrag „Flucht aus Donezk“ in der Sendung *Tagesthemen* vom 24. September 2014, der mich am 16. Oktober 2014 vom Norddeutschen Rundfunk über den WDR-Rundfunkrat erreicht hat. Da die Leitung des ARD-Studios Moskau beim WDR liegt, möchte ich Ihnen antworten.

Sie erheben den Vorwurf, dass der Schlusssatz unserer Korrespondentin Birgit Virnich eine unbegründete Tatsachenbehauptung sei. Frau Virnich hatte wörtlich gesagt: „*Und so sind die meisten, die sich einen ukrainischen Staat wünschen, aus der selbst-ernannten Rebellenhochburg Donezk geflohen. Fast ein Drittel der Bevölkerung.*“ Diese Aussage entspricht aus Ihrer Sicht nicht der Wahrheit, da die Menschen laut einem Bericht des UNHCR vor allem aufgrund der gefährlichen Sicherheitslage, die aus der Bürgerkriegssituation resultiere, geflohen seien. Frau Virnich habe sie dazu benutzt, die von ihr zuvor dargestellte Bedrohung seitens der Separatisten auch zahlenmäßig zu „beweisen“. Sie fordern sie auf, „die Quellengrundlage“ für ihre Behauptung offen zu legen“.

Ihr Schreiben vom 29. September 2014 werte ich als förmliche Programmbeschwerde nach § 10 Absatz 2 WDR-Gesetz, da Sie die Verletzung von Programmgrundsätzen rügen. Inhaltlich ist Ihr Vorwurf § 5 Absatz 6 Satz 2 WDR-Gesetz zuzuordnen. Dieser bestimmt, dass Nachrichten vor ihrer Verbreitung mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf Inhalt, Herkunft und Wahrheit zu prüfen sind.

Nach eingehender Prüfung auf Basis einer von der Redaktion eingeholten Stellungnahme komme ich zu dem Ergebnis, dass die von Ihnen erhobenen Vorwürfe nicht zutreffen, so dass ich Ihrer Programmbeschwerde nicht abhelfe.

Frau Virnichts Beitrag beschreibt zunächst die schwierige Lage in einer Stadt, in der ein normaler Alltag kaum mehr lebbar scheint: Geschäfte sind nicht geöffnet oder es fehlt



das Geld, um das Nötigste einzukaufen, weil Renten nicht mehr ausgezahlt werden. Zu dieser Situation äußern sich zwei Frauen. Sie schildern ihre Sicht der Lage - jeweils exemplarisch aus der Perspektive einer der beiden Konfliktparteien: Die eine, pro-russisch, tritt offen vor die Kamera und wünscht sich einen von der Ukraine unabhängigen Staat. Die andere, pro-ukrainisch, fühlt sich von den neuen Machthabern bedroht und traut sich nicht, offen vor anderen zu reden. Sie begründen jeweils ihre Entscheidung für eine Loslösung von der Ukraine bzw. ein Verlassen der Stadt.

Dabei geht es nicht um Positionen, die umfragegestützt wären, also um Fakten, die die ein oder andere Position belegen würden, sondern um pauschale, persönliche Einschätzungen der Gesamtlage und der daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen. So spricht die pro-ukrainische Interviewpartnerin davon, dass sich in der Stadt „alle Neurussland“ wünschen würden. Damit wird natürlich nicht die Tatsachenbehauptung aufgestellt, dass es hiervon keine einzige Ausnahme gebe. Und wenn „Irina“ davon spricht, viele Leute hätten die Stadt verlassen und auf unterschiedliche Motivationslagen verweist, stellt auch sie eine pauschalisierte Betrachtung an. Auch das anschließende Statement von Frau Virnich beinhaltet in diesem Sinne eine zusammenfassende Gesamteinschätzung, nicht etwa eine statistisch belegbare Tatsachenbehauptung zur Motivationslage all derer, die das Gebiet verlassen haben.

Dennoch konzidiere ich, dass die Formulierung „Und so sind **auch** die meisten, die sich einen ukrainischen Staat wünschen, (...) geflohen.“ die bessere Wahl gewesen wäre. Tatsächlich wäre die Zäsur nach dem O-Ton mit „Irina“, die stellvertretend für die pro-ukrainische Minderheit in Donezk spricht, dann deutlicher geworden. Einen Verstoß gegen WDR-Programmgrundsätze sehe ich jedoch nicht.

Zusammenfassend stelle ich fest, dass eine Verletzung des Programmgrundsatzes gemäß § 5 Absatz 6 Satz 2 WDR-Gesetz nicht gegeben ist und ich Ihrer Beschwerde daher nicht abhelfen kann.

Es bleibt Ihnen aber unbenommen, gegen diesen Bescheid innerhalb eines Monats ab Zugang den Rundfunkrat anzurufen. Dies ist zu richten an: WDR Köln, Geschäftsstelle des Rundfunkrats, 50600 Köln oder WDR Köln, Intendanz, 50600 Köln.

Mit freundlichen Grüßen



Eva-Maria Michel

in Vertretung des Intendanten